Ist das Berlin-Programm der SPD nur Makulatur?

Als die SPD ihr Berlin-Programm 2011 bis 2016 vorstellte, widmete sie ein ganzes Kapitel des Arbeitspapiers den Berliner Kleingärten. Unter der Überschrift „Kleingärten als ökologische und soziale Lebensräume in der Metropole" fasste sie Ziele für eine nachhaltige Kleingartenpolitik zusammen. Diesen Aussagen konnte der Bundesverband Deutscher Gartenfreunde nur großen Beifall zollen, denn es wurde ausgeführt: „Kleingärten sind grüner Lebensraum in der Stadt und haben eine wichtige Funktion für das Stadtklima und die Naherholung." Sie sind „Orte der Integration und des sozialen Ausgleichs". Dazu schreibt sich die SPD auf die Fahne, „Projekte zum ökologischen und naturnahen Umbau von Kleingärten unterstützen" zu wollen und den Bürgern der Stadt die „Möglichkeit zur sinnvollen Freizeitbeschäftigung und Erholung im Freien" zu bieten.

Dieser strategische Grundsatz spiegelt sich dann auch in der Koalitionsvereinbarung von SPD und CDU für die Legislaturperiode von 2001 bis 2006 wider. Der Ansatz findet sich in der Aussage „Kleingartenanlagen leisten einen wesentlichen Beitrag zu mehr Lebensqualität in der Stadt und erfüllen zudem eine wichtige soziale und ökologische Aufgabe".

Planungssicherheit für Kleingärten?

„Wir werden den Kleingartenentwicklungsplan fortschreiben ... und Instrumente entwickeln, die die Planungssicherheit der Kleingärtnerinnen und Kleingärtner deutlich erhöhen", so die SPD. „Die planungsrechtliche Absicherung von Kleingartenflächen unter drei Hektar wird durch die Bezirke unterstützt", heißt es weiter in dem Papier.

Geht man davon aus, dass diese Aussagen auch von den politisch Verantwortlichen in ihrer gewählten Tätigkeit zur Grundlage ihres Handelns gemacht werden, so kann man dies nur begrüßen. Denn das Kleingartenwesen ist heute weitaus mehr als nur ein Auffangbecken für den sozial benachteiligten Teil der Bevölkerung. Kleingärtner sind heute im hohen Maße auch Schützer der Naturressourcen und Klimabewahrer und leisten einen nicht unbeträchtlichen Anteil an einer hohen Lebensqualität der Menschen.

Kleingärten sollen weichen

Aber nun hat der zuständige Senator für das Kleingartenwesen, Michael Müller, in seiner „Weihnachtsansprache" ausgeführt, dass für den geplanten Wohnungsbau auch Grünanlagen und Kleingärten weichen müssen. Darauf kann der Bundesverband Deutscher Gartenfreunde nur mit völligem Unverständnis reagieren. Denn es ist nicht nachvollziehbar, wie diese Aussage mit dem Regierungsprogramm zu vereinbaren ist, welches festlegt, dass die Planungssicherheit für das Kleingartenwesen deutlich zu erhöhen ist.

Hinzu kommt, dass die politischen Verantwortungsträger insbesondere in der letzten Zeit immer wieder deutlich hervorheben, dass der Staat zukünftig nicht in der Lage sein wird, alle wichtigen Aufgaben zu erfüllen, und dass es deshalb erforderlich ist, bürgerliches Engagement mit allen Kräften zu erweitern und zu unterstützen. Die These von Senator Müller erinnert ungemein an die vom FDP-Abgeordneten Mleczkowski vor ca. zehn Jahren vertretene These, dass innerhalb des S-Bahnrings liegende Kleingartenanlagen verschwinden sollten, damit Berlin endlich fehlendes Grün in Form von Ein- und Mehrfamilienhäusern mit Gärten bekommt.

Ist das nicht eine Form, „den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben"? Zumal Berlin über genügend Brachflächen verfügt und – wie der Senator selbst ausführt – Flächen im Bereich des Tempelhofer Feldes sowie zukünftig auch im Flughafenbereich Tegel ohne Probleme bereit gestellt werden können, um die bestimmt notwendigen neuen Wohnungen zu errichten.

Schutzfristenfrage erneut prüfen

Wenn man dann noch die Tatsache beachtet, dass Senator Müller am 06. September 2012 dem Präsidenten des Bundesverbandes, Dr. Franke, zugesagt hat, dass sein Haus die Schutzfristenfrage noch einmal im Sinne der Kleingärtner prüfen wird – und dies auch unter der Sicht, bestimmte Flächen planerisch zu sichern – so stellt die jetzt vertretene Meinung aus der Sicht der Kleingärtner einen Vertrauensbruch dar. Dieser wird weder durch das Berlin-Programm der SPD noch durch die Koalitionsvereinbarung der Regierung mitgetragen.

Dr. Norbert Franke
Präsident des Bundesverbandes
Deutscher Gartenfreunde

Bundesverband Deutscher Gartenfreunde e.V., Platanenallee 37, 14050 Berlin, *www.kleingarten-bund.de*